

An alle Dienste des
Ambulant Betreuten Wohnens
im Rahmen der Eingliederungshilfe

**Wohnen für Menschen mit
Behinderung**

Dahlweg 112
48153 Münster
Telefon: 0251 61 85 119
Telefax: 0251 61 85 126
Mobil: 0173 34 92 966
hendrik.hoffjann@paritaet-nrw.org
Rückfragen: Hendrik Hoffjann

06.03.2019

Bewertung der Schnittstelle Eingliederungshilfe – Pflege im Ambulant Betreuten Wohnen

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Schnittstelle zwischen den Leistungen der Eingliederungshilfe und Leistungen der Pflegeversicherungen beschäftigt aktuell Menschen mit Behinderungen, die Leistungen der Eingliederungshilfe beantragen und Dienste, die Leistungen im Rahmen des Ambulant Betreuten Wohnens erbringen, gleichermaßen. Die Landschaftsverbände schreiben in den vergangenen Wochen und Monaten diesbezüglich Leistungsempfänger/innen und Leistungserbringer in unterschiedlicher Form an. Zudem kommt es im Rahmen der Bedarfsermittlung immer wieder zu Irritationen und Fragestellungen, die an uns herangetragen wurden.

Um rechtliche Klarheit zu schaffen und aufkommende Fragen zu beantworten, hat es ein Arbeitstreffen innerhalb der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege NRW (LAG FW NRW) zwischen Vertreter/innen des Fachausschuss Wohnen, dem Fachausschuss Gemeindepsychiatrie sowie dem Rechtsausschuss gegeben, in dem einige Fragestellungen geklärt werden konnten. Um auch einige Ihrer Fragen zu beantworten, haben wir einige Ergebnisse für Sie festgehalten.

1. Beurteilung von Anhaltspunkten für Pflegebedürftigkeit

Wie bereits an verschiedenen Stellen dargestellt, haben Menschen mit Behinderung, die Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten, grundsätzlich eine Mitwirkungspflicht nach den §§60 ff. SGB I und müssen daher einen Antrag auf Leistungen nach dem SGB XI stellen, sofern Anhaltspunkte für eine Pflegebedürftigkeit vorliegen. Leider gibt es zu dem Begriff „Anhaltspunkte einer Pflegebedürftigkeit“ noch keine Rechtsprechung bzw. juristische Definition. Klar ist, dass sich ein/e Leistungsberechtigte/r generell nicht gegen eine Beantragung von SGB XI-Leistungen wehren kann. Daher können wir Ihnen grundsätzlich nicht dazu ra-

DEUTSCHER **PARITÄTISCHER** WOHLFAHRTSVERBAND LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN E.V.

ten, dass Sie Ihren Nutzer/innen bzw. den rechtl. Betreuer/innen von einer solchen Antragstellung abraten (Sie sollten eher darauf hinwirken). Die Pflegekassen müssen dann nach Antragsingang klären und prüfen, ob tatsächlich eine Pflegebedürftigkeit besteht. Wenn Nutzer/innen keine Anträge stellen möchten und sich weigern, sollten sie den Landschaftsverbänden mitteilen, dass aus ihrer Sicht keine Anhaltspunkte für eine Pflegebedürftigkeit vorliegen und sich ggf. Beratung/Unterstützung einholen.

2. Mitwirkung von BeWo-Diensten und Leistungsberechtigten

Leistungserbringer in der Eingliederungshilfe (z.B. BeWo-Dienste) werden von den Landschaftsverbänden vermehrt angeschrieben und aufgefordert, Informationen zur Gewährung und Erbringung von SGB XI-Leistungen einzelner Nutzer/innen zu übermitteln. Zudem soll z.B. das MDK-Gutachten eingeholt und dem jeweiligen Landschaftsverband im Rahmen der Bedarfsfeststellung zur Verfügung gestellt werden.

Leistungserbringer in der Eingliederungshilfe haben grundsätzlich keine Mitwirkungspflicht bzgl. der Leistungen der Pflegeversicherung. Antragsstellung für SGB XI-Leistungen, Übermittlung des MDK-Gutachtens oder Angaben dazu, wie die Leistungen der Pflegeversicherung eingesetzt werden, sollten daher grundsätzlich durch die Leistungsberechtigten bzw. deren rechtliche Betreuung erfolgen. Sie können hier im Rahmen Ihrer Möglichkeiten Hilfestellung leisten, sollten aber nicht stellvertretend für Ihre Nutzer/innen agieren. Generell können sich die Landschaftsverbände Informationen bzgl. der SGB XI-Leistungen von den Leistungsberechtigten einholen und auch das MDK-Gutachten im Gesamtplanverfahren zur Bedarfsfeststellung einbeziehen.

3. Kürzung von Fachleistungsstunden

Wir haben an verschiedenen Stellen die Rückmeldung erhalten, dass Fachleistungsstunden pauschal gekürzt wurden, wenn Leistungsberechtigte z.B. einen Anspruch auf den Entlastungsbetrag in Höhe von 125 € haben, damit eine Doppelfinanzierung vermieden wird. Ohne Begründung kann eine solche Kürzung in keinem Fall vollzogen werden. Insbesondere muss die Kürzung gegenüber dem oder der Leistungsberechtigten erfolgen. Dies muss durch einen rechtsmittelfähigen Bescheid geschehen. Im Rahmen der Bedarfsermittlung müsste deutlich werden, dass der Entlastungsbetrag (auch tatsächlich) dazu eingesetzt wird, um die Ziele der Eingliederungshilfe zu erreichen. Ggf. kann der Entlastungsbetrag daher für Dinge eingesetzt werden, die nicht im Rahmen der Bedarfsermittlung benannt sind, damit er sich abgrenzen lässt. Die Abgrenzung der Leistungen der Eingliederungshilfe zu den Leistungen der Pflegeversicherung ist grundsätzlich nach dem Ziel der konkreten Maßnahme vorzunehmen. Eine nützliche Definition finden Sie im lesenswerten Artikel von Schindler, den Sie auch in der Anlage finden.

„So sind die Unterstützungsleistungen der Pflegeversicherung darauf ausgerichtet, die körperlichen, geistigen und seelischen Kräfte der Pflegebedürftigen wiederzugewinnen oder zu erhalten (§ 2 Abs. 1 S. 1 SGB XI). Aufgabe der Eingliederungshilfe ist es hingegen, dem Leistungsberechtigten eine individuelle Lebensführung zu ermöglichen und seine volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu befördern. Die Eingliederungshilfe verfolgt somit einen sozialpädagogischen Ansatz der Befähigung, während es der Pflegeversicherung um die Wiedergewinnung von Fähigkeiten geht, die verloren gegangen sind oder die es zu erhalten gilt. Steht vornehmlich oder ausschließlich die Milderung der Behinderung oder die Eingliederung des behinderten Menschen in die Gesellschaft im Vordergrund, ist Eingliederungshilfe zu gewähren. Eine Aufspaltung ein- und derselben Maßnahme in

solche der Eingliederungshilfe und solche der Pflegeversicherung ist nicht vorzunehmen.“ (vgl. Schindler (4/2018). Teilhabe oder Pflege? Die Schnittstelle zwischen den Leistungen der Pflegeversicherung und der Eingliederungshilfe als Praxisherausforderung. In: Sozialrecht aktuell, S. 141)

Pflege und Eingliederungshilfe verfolgen somit auch nach Einführung des neuen teilhabeorientierteren Pflegebedürftigkeitsbegriffs weiterhin unterschiedliche Zielsetzungen. Gleichwohl ist durch die Reform des Pflegeversicherungsrechts eine Schnittstelle zur Eingliederungshilfe entstanden, da die Leistungen der häuslichen Pflege nach dem SGB XI neben den körperbezogenen Pflegemaßnahmen auch pflegerische Betreuungsmaßnahmen beinhalten. Diese Betreuungsmaßnahmen umfassen z. B. auch emotionale Unterstützung oder kognitiv fördernde Maßnahmen. Die Leistungen der Eingliederungshilfe sind im Verhältnis zur Pflegeversicherung nicht nachrangig, eine direkte Anrechnung der Pflegeversicherungsleistungen ist somit auch nicht möglich. Die Leistungen der Pflegeversicherung und die Teilhabeleistungen der Eingliederungshilfe sind weiterhin gleichrangig nebeneinander zu gewähren. Nach den Grundsätzen der Sozialhilfe kann ein bestehender Bedarf allerdings nur einmal, und nicht doppelt, gedeckt werden.

Die beschriebenen Fragestellungen und Abgrenzungsschwierigkeiten werden uns in den kommenden Jahren mit hoher Wahrscheinlichkeit weiter beschäftigen und begleiten, auch wenn sich zum kommenden Jahr mit Inkrafttreten des neu geregelten Rechts der Eingliederungshilfe im Teil 2 des SGB IX im Bundesteilhabegesetz an den grundlegenden Fragestellungen (z.B. Mitwirkungspflicht, Gleich- bzw. Nachrangigkeit) innerhalb dieser Schnittstelle keine Änderungen ergeben.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung!

Mit freundlichen Grüßen

Corinna Beck
Tel.: 02202 93 68 915
Mail: corinna.beck@paritaet-nrw.org

Thomas Müller
Tel.: 02162 81 09 350
Mail: thomas.mueller@paritaet-nrw.org

Andreas Langer
Tel.: 0221 95 15 42 20
Mail: andreas.langer@paritaet-nrw.org

Mathias Speich
Tel.: 02303 23 98 47
Mail: mathias.speich@paritaet-nrw.org

Hendrik Hoffjann
Tel.: 0251 61 85 119
Mail: hoffjann@paritaet-nrw.org